

Inhalt

■	Ausschreibungen	5
	Pilotprojekte und vorbereitende Aktionen: Inklusivität im Internet: Zugang für alle	5
	Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen: Gleichstellung der digitalen Sprache in Europa bis 2030	6
	Erasmus-Akkreditierung (2021-2027)	7
■	Öffentliche Konsultationen	8
	Neues EU-Gesetz für digitale Dienste und Online- Plattformen.....	8
	Arzneimittelstrategie für Europa.....	9
■	EU-Politik.....	10
	Re-open EU: Website zu Reiseverkehr / Tourismus..	10
	Globale Reaktion auf die Coronavirus-Krise: humanitäre Luftbrücke der EU nach Afghanistan	10
	Künftige Partnerschaft zwischen der EU und der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten.	11
	Fremdkapitalfinanzierung zur Entwicklung und Herstellung eines COVID-19-Impfstoffs	11
	Deutschland im digitalen EU-Vergleich an Platz zwölf	12
	Coronavirus: Vorgehensweise bei der Aufhebung der Reisebeschränkungen in die EU nach dem 30. Juni	13
	Unterstützungspaket für syrische Flüchtlinge und lokale Gemeinschaften in Jordanien und Libanon....	14

Europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern	14
Eurobarometer zum Thema Korruption	15
Neue Bewerbungsrunde für „Barrierefreie Städte“ ...	15
Coronavirus: 314 Mio. Euro für innovative Unternehmen.....	16
Piloterhebung zur Karriere von Hochschulabsolvent*innen	16
Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: Europäische Kommission sagt GAVI 300 Mio. Euro zu	17
Jemen: 70 Mio. Euro für schutzbedürftigste Bevölkerungsgruppen.....	17
Gerechte Mindestlöhne: Kommission leitet zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner ein	18
Stärkung des EU-Katastrophenschutzes vorgeschlagen	18
Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien nimmt Arbeit auf	19
Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: neue Kampagne im Finale des Spendenmarathons	19
EU-Haushalt: Kohäsionspolitik wird zentraler Bestandteil für gerechten und grünen Wiederaufbau	20
EU4Health: Kommission schlägt neues europäisches Gesundheitsprogramm vor	21
Neues Aufbauinstrument: „Next Generation EU“	21
Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen für eine nachhaltige Erholung von der Coronakrise	22
Globale Reaktion auf die Coronavirus-Krise: weitere humanitäre Hilfe in Höhe von 30 Mio. Euro ..	23
Europäische Bürgerinitiative: Kommission schlägt Fristverlängerung vor	23



Mitgliedstaaten billigen europäisches Sicherheitsnetz für Arbeitsplätze („SURE“)	24
Neue Leitlinien zur Überwachung von COVID-19 in Langzeitpflegeeinrichtungen	24
Umsetzung der EU-Regeln über Opferrechte	25
■ Veranstaltungen	26
Webinar zum Nachfolge-Programm in der Erwachsenenbildung	26
Webinar zum Nachfolge-Programm in der Berufsbildung	26

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Juni 2020 ist der 15.06.2020.

■ Ausschreibungen

Pilotprojekte und vorbereitende Aktionen: Inklusivität im Internet: Zugang für alle

Im Rahmen der Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen (PPPA) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Inklusive Barrierefreiheit im Internet für Menschen mit kognitiven Behinderungen“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **15.07.2020**.

Ziel der Pilotprojekte im Rahmen dieser Aufforderung ist es, die Entwicklung von Instrumenten zu fördern, die den unabhängigen und integrativen Zugang zu Online-Inhalten und -Diensten, einschließlich Verbrauchertransaktionen, für Menschen mit kognitiven Behinderungen unterstützen. Solche Instrumente kommen allen Benutzer*innen zugute, einschließlich schutzbedürftigen Bürger*innen, die z. B. durch Informationsüberflutung, übermäßige Leichtgläubigkeit, psychosoziale Behinderungen etc. betroffen sind.

Die Vorschläge müssen sich insbesondere mit allgemeinen Herausforderungen in Bezug auf die Barrierefreiheit befassen, denen Personen mit kognitiven Behinderungen auf Websites oder mobilen Anwendungen begegnen, z. B.

- Anmelden oder Abschließen von Authentifizierungsprozessen;
- Daten eingeben oder Formulare ausfüllen, Fehler vermeiden und korrigieren;
- mehrstufige Aufgaben erledigen;
- Verwendung komplexer Schnittstellen und komplizierter Navigationsmuster;
- Verarbeitung von Informationen auf überfüllten Seiten, um kognitive Überlastung zu vermeiden;
- sich auf die jeweilige Aufgabe konzentrieren und Unterbrechungen, Erinnerungen und inhaltliche Änderungen begrenzen;
- Stoppen von Animationen und automatisches Abspielen von Videos oder Audios;
- Verständnis von Text und Grafiken;
- Identifizieren von Schlüsselpunkten auf langen oder umfangreichen textbasierten Seiten;
- Interpretation und Verarbeitung numerischer Informationen, einschließlich der Verwaltung von Daten;
- Informationen finden; Anweisungen folgen; Suche nach Hilfe oder Unterstützung.

Vorrang erhalten Vorschläge, die sich mit den meisten oder allen der o. g. Herausforderungen im Bereich der Barrierefreiheit befassen.

Das Gesamtbudget beträgt 800 000 Euro für ca. zwei bis vier Vorschläge. Vorschläge können eingereicht werden von gemeinnützigen Organisationen (privat oder öffentlich), Behörden, privaten Unternehmen, internationale Organisationen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen sowie Forschungszentren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Pilotprojekte und vorbereitende Maßnahmen: Gleichstellung der digitalen Sprache in Europa bis 2030

Im Rahmen der Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen (PPPA) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Entwicklung einer strategischen Forschungs-, Innovations- und Umsetzungsagenda und eines Fahrplans für die vollständige Gleichstellung der digitalen Sprache in Europa bis 2030“ veröffentlicht. Die Einreichfrist für Vorschläge endet am **29.07.2020**.

Ziel dieses Pilotprojekts ist es, eine nachhaltige evidenzbasierte strategische Forschungsagenda und einen Fahrplan zu erstellen. Darin sollen Maßnahmen, Prozesse, Instrumente und Akteure festgelegt werden, um die vollständige Gleichstellung der digitalen Sprache aller in der Union verwendeten Sprachen (offiziell oder anderweitig) durch den effektiven Einsatz von Sprachtechnologien zu erreichen.

Die Forschungsagenda sollte den aktuellen Stand der Sprachtechnologien und der Sprachgleichheit innerhalb der Union darlegen und ein detailliertes Bild der gewünschten Situation vermitteln, die zur Erreichung der Gleichstellung der digitalen Sprache erforderlich ist. Diese Roadmap wird dann den Weg sowie die Mittel bereitstellen, die zur Umsetzung der Agenda erforderlich sind, und sicherstellen, dass die Gleichstellung der digitalen Sprache bis 2030 Realität wird.

Das Gesamtbudget beträgt ca. 1,8 Mio. Euro. Vorschläge können eingereicht werden von gemeinnützigen Organisationen, öffentlichen Verwaltungen, Industrie- und Privatunternehmen, Berufsverbänden, Universitäten und Hochschulen sowie Forschungszentren und -organisationen.

Weitere Informationen finden sie [hier](#).

Erasmus-Akkreditierung (2021-2027)

Die Europäische Kommission hat den Aufruf zur Erasmus-Akkreditierung in den Bereichen Erwachsenenbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung und Schulbildung veröffentlicht. Anträge auf Erteilung einer Erasmus-Akkreditierung können bis zum **29.10.2020** eingereicht werden.

Das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport (2021-2027) wurde noch nicht vom europäischen Gesetzgeber angenommen. Gleichwohl wird diese Aufforderung zur Akkreditierung veröffentlicht, um potenziellen Begünstigten die Beantragung von Finanzhilfen der Union zu erleichtern, sobald der europäische Gesetzgeber die entsprechende Rechtsgrundlage angenommen hat.

Erasmus-Akkreditierungen sind ein Instrument für Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung, die sich mit Einrichtungen in anderen Ländern austauschen und zusammenarbeiten möchten.

Akkreditierte Erasmus-Einrichtungen erhalten vereinfachten Zugang zu Fördermöglichkeiten im Rahmen der Leitaktion 1 des künftigen Programms (2021-2027).

Mit der Vergabe der Erasmus-Akkreditierung wird bestätigt, dass der Antragsteller einen Plan zur Durchführung hochwertiger Mobilitätsaktivitäten erstellt hat, die der Verbesserung seines Bildungsangebots dienen sollen. Dieser sogenannte Erasmus-Plan ist ein zentraler Bestandteil des Antrags auf eine Erasmus-Akkreditierung.

Weitere Informationen: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2020.178.01.0005.01.DE.U&toc=OJ:C:2020:178:TOC

■ Öffentliche Konsultationen

Neues EU-Gesetz für digitale Dienste und Online-Plattformen

Die Europäische Kommission will die zwanzig Jahre alte EU-Gesetzgebung für digitale Dienste und Online-Plattformen modernisieren und hat dazu eine öffentliche Konsultation gestartet. Bis zum **08.09.2020** können Bürger*innen, Unternehmen, Online-Plattformen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und alle Interessenträger ihre Beiträge zu dem geplanten Gesetz über digitale Dienste (Digital Services Act) einreichen.

Gegenstand der Konsultation sind die beiden von der Kommission im Februar 2020 angekündigten Aktionsbereiche, die Teil des Legislativpakets über digitale Dienste sind:

- Die erste Regelung würde die Grundsätze der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr betreffen, insbesondere die Freiheit, im gesamten EU-Binnenmarkt digitale Dienstleistungen zu erbringen im Einklang mit den Vorschriften über den Ort der Niederlassung, und eine umfassende Beschränkung der Haftung für von Nutzern erstellte Inhalte.
- Die zweite Maßnahme würde die Frage der gleichen Wettbewerbsbedingungen in den europäischen digitalen Märkten angehen, auf denen zurzeit einige wenige große Online-Plattformen als „Torwächter“ agieren. Die Kommission wird Vorschriften prüfen, die diese Ungleichgewichte auf den Märkten beheben würden, damit die Verbraucher die größtmögliche Auswahl haben und auf dem Binnenmarkt für digitale Dienste weiter Wettbewerb herrscht und es Anreize für Innovationen gibt.

Zudem nutzt die Kommission in dieser Konsultation die Gelegenheit, Meinungen zu anderen sich abzeichnenden Fragen im Zusammenhang mit Online-Plattformen einzuholen wie z. B. die Chancen und Herausforderungen für Selbständige bei der Erbringung von Dienstleistungen über Online-Plattformen.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12421-Pharmaceutical-Strategy-Timely-patient-access-to-affordable-medicines>

Arzneimittelstrategie für Europa

Die EU startet eine neue Strategie für einen besseren und rascheren Zugang der Patient*innen zu sicheren und erschwinglichen Arzneimitteln und zur Innovationsförderung in der pharmazeutischen Industrie der EU. Sie beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

- Wie sieht der Lebenszyklus von Arzneimitteln von der Forschung und Entwicklung bis zu ihrer Zulassung aus und wie steht es um ihre Verfügbarkeit?
- Wie lassen sich wissenschaftliche und technologische Fortschritte in die Praxis umsetzen?
- Wie können Lücken auf dem Markt (z. B. neue Antibiotika) geschlossen werden?
- Was haben wir aus dem COVID-19-Ausbruch für eine bessere Vorbereitung auf künftige Pandemien gelernt?

Noch bis zum **07.07.2020** holt die Europäische Kommission Meinungen dazu ein, welche Zielsetzungen und Vorschläge die geplante europäische Arzneimittelstrategie verfolgen sollte. Die Kommission plant, die Strategie bis Ende des Jahres auf den zu Weg bringen.

Die Kommission verfolgt das Ziel, Qualität und Sicherheit von Arzneimitteln sicherzustellen und die globale Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu festigen. Europa sollte auch dafür sorgen, dass alle Patient*innen von Innovationen profitieren können, und es sollte dem Druck der steigenden Arzneimittelkosten standhalten.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12421-Pharmaceutical-Strategy-Timely-patient-access-to-affordable-medicines>

■ EU-Politik

Re-open EU: Website zu Reiseverkehr und Tourismus

Am 15.06.2020 nimmt die Kommission die Webplattform *Re-open EU* in Betrieb, die eine sichere Wiederaufnahme des Reiseverkehrs und des Tourismus in ganz Europa unterstützen soll.

Auf der Plattform werden Echtzeitinformationen über Grenzen, Verkehrsmittel und Tourismusdienstleistungen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Re-open EU bietet auch praktische Informationen der Mitgliedstaaten über Reisebeschränkungen und Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit (Abstandsregeln, Tragen von Gesichtsmasken usw.) sowie sonstige nützliche Hinweise auf Tourismusangebote in der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten.

So können die Europäer*innen bei der Planung ihrer Urlaube und Reisen in diesem Sommer und darüber hinaus verantwortungsbewusste und fundierte Entscheidungen darüber treffen, wie sie mit den anhaltenden Risiken im Zusammenhang mit Coronavirus umgehen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1045

Globale Reaktion auf die Coronavirus-Krise: humanitäre Luftbrücke der EU nach Afghanistan

Als Teil der weltweiten Reaktion der EU auf die Coronavirus-Pandemie wird am 15.06.2020 über die humanitäre Luftbrücke der EU ein Flug von Maastricht (Niederlande) nach Kabul (Afghanistan) durchgeführt. Mit diesem Flug werden 100 Tonnen lebensrettenden Materials geliefert, um EU-finanzierte humanitäre Partner zu versorgen. Der Flug wird vollständig von der EU finanziert und zählt zu den laufenden Flügen in Krisengebiete weltweit, die über die EU-Luftbrücke abgewickelt werden.

Darüber hinaus stellt die EU ein neues Hilfspaket in Höhe von 39 Mio. Euro bereit, um die Bewältigung der Coronavirus-Pandemie zu unterstützen und den Opfern von Krieg, Vertreibung und Naturkatastrophen in Afghanistan zu helfen.

Bei den humanitären Projekten der EU in Afghanistan liegt der Schwerpunkt auf der Bereitstellung von Soforthilfe, Unterkünften, Nahrungsmittelhilfe, Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sowie von verschiedenen Schutzdiensten zur Unterstützung von Frauen und Kindern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1059

Künftige Partnerschaft zwischen der EU und der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten

Die EU und die Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) (früher „Gruppe der AKP-Staaten“ genannt) haben am 12.06.2020 die Verhandlungen zum künftigen Folgeabkommen zum Cotonou-Abkommen wiederaufgenommen und wollen die Gespräche über die Ziellinie bringen. Das Treffen bot der für internationale Partnerschaften zuständigen EU-Kommissarin Jutta Urpilainen und dem OAKPS-Vertreter Professor Robert Dussey eine wichtige Gelegenheit, auf der Arbeit aufzubauen, die in den vergangenen Wochen auf fachlicher Ebene geleistet wurde.

Die künftige OAKPS-EU-Partnerschaft wird dazu beitragen, die engen politischen Beziehungen zwischen der EU und den OAKPS-Staaten auf internationaler Ebene weiter zu festigen. Zusammen repräsentieren die EU und die OAKPS-Staaten mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und über 1,5 Mrd. Menschen

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1015

Fremdkapitalfinanzierung zur Entwicklung und Herstellung eines COVID-19-Impfstoffs

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und [BioNTech SE](#) (Nasdaq: BNTX, BioNTech) haben am 11.06.2020 eine Fremdkapitalfinanzierung von bis zu 100 Mio. Euro für BioNTechs COVID-19-Impfstoffprogramm BNT162 vereinbart.

BioNTech wird den Kredit unter anderem zur Erweiterung seiner Produktionskapazitäten verwenden, um den Impfstoff als Reaktion auf die Pandemie weltweit schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen – dies erfolgt auf eigenes Risiko des Unternehmens während der laufenden klinischen Testphase. BioNTech hat als erstes europäisches Unternehmen mit der klinischen Prüfung eines COVID-19-Impfstoffkandidaten begonnen.

Im April startete die erste klinische Studie in Deutschland, gefolgt von einer weiteren klinischen Studie in den Vereinigten Staaten Anfang Mai. Mit vier parallel getesteten Impfstoffkandidaten gehört das BNT162-Programm von BioNTech zu den umfangreichsten weltweit.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1034

Deutschland im digitalen EU-Vergleich an Platz zwölf

Wie es um die Digitalisierung in der EU steht und in welchen Bereichen die Mitgliedstaaten Fortschritte gemacht haben, zeigt der Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) für 2020, den die EU-Kommission am 11.06.2020 in Brüssel veröffentlicht hat. Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen bei der Gesamtleistung im digitalen Bereich in der EU an der Spitze. „Deutschland steht beim europäischen Vergleich der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft an zwölfter Stelle.

Ergebnisse für Deutschland

In der Dimension Konnektivität ist Deutschland bei der 5G-Bereitschaft mit einem hohen Anteil an Festnetz-Breitbandanschlüssen führend in der EU. Hinsichtlich der Abdeckung der Netze mit sehr hoher Kapazität (Very High Capacity Networks – VHCN) liegt Deutschland allerdings nur auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. Ebenso erreicht es bei den digitalen öffentlichen Diensten nur den 21. Platz.

In der Dimension Humankapital steht Deutschland zumindest bei den grundlegenden digitalen Kompetenzen und den grundlegenden Softwarekompetenzen an fünfter Stelle. Deutsche Unternehmen nutzen verstärkt soziale Medien, haben jedoch keine Fortschritte bei der Integration der Digitaltechnik erzielt.

Bei der Nutzung von Online-Diensten belegt Deutschland den neunten Platz, da die deutsche Bevölkerung im Internet sehr aktiv ist.

Nur 5 % der Deutschen haben das Internet noch nie genutzt, und 84 % kaufen online ein. Bei der Inanspruchnahme von E-Government-Diensten belegt Deutschland mit einer Quote von nur 49 % den 26. Platz. In diesem Bereich liegt die größte digitale Herausforderung für Deutschland. Bund und Länder haben mehrere Maßnahmen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes ergriffen, um die Situation zu verbessern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200611-digitalisierung_de

Coronavirus: Vorgehensweise bei der Aufhebung der Reisebeschränkungen in die EU nach dem 30. Juni

Die Kommission empfahl am 11.06.2020 den Schengen-Mitgliedstaaten und den assoziierten Schengen-Staaten, die Kontrollen an den Binnengrenzen bis zum 15.06.2020 aufzuheben und die vorübergehende Beschränkung von nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU bis zum 30.06.2020 zu verlängern. Zudem legt sie ein Konzept für die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen danach vor.

Da die Gesundheitslage in bestimmten Drittländern weiterhin kritisch ist, schlägt die Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine allgemeine Aufhebung der Reisebeschränkungen vor. Die Beschränkungen sollten für Länder aufgehoben werden, die die Mitgliedstaaten gemeinsam anhand von Grundsätzen und objektiven Kriterien, wie der Gesundheitslage, der Fähigkeit, Eindämmungsmaßnahmen während der Reise anzuwenden und Fragen der Gegenseitigkeit, auswählen.

Bei Ländern, für die die Beschränkungen weiterhin gelten, schlägt die Kommission vor, die Kategorien der Personen, die einreisen dürfen, auszuweiten, beispielsweise auf internationale Studierende.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1035

Unterstützungspaket für syrische Flüchtlinge und lokale Gemeinschaften in Jordanien und Libanon

Im Rahmen der globalen Reaktion der EU auf den Ausbruch des Coronavirus wurden über den Regionalen Treuhandfonds der EU als Reaktion auf die Syrien-Krise weitere 55 Mio. Euro für Flüchtlinge aus Syrien und schutzbedürftige Personen in Jordanien und Libanon zur Bekämpfung der Pandemie bereitgestellt.

Die Mittel werden für dringend notwendige und gezielte Unterstützung in Schlüsselbereichen wie Gesundheit, Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene eingesetzt. Dank dieses vor kurzem angenommenen Pakets beläuft sich die über den EU-Treuhandfonds mobilisierte Hilfe auf insgesamt mehr als 2,2 Mrd. Euro seit 2015, das Doppelte des ursprünglich festgelegten Zielbetrags.

Jordanien und Libanon sind die beiden Länder, in denen im weltweiten Vergleich pro Kopf die meisten Flüchtlinge leben. Das vorgelegte zusätzliche Hilfspaket ist insbesondere auf die Bereitstellung von Gesundheitsdiensten, Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene ausgerichtet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1013

Europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat am 10.06.2020 eine europäische Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern angekündigt. Dazu gehören mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit, eine bessere technologische Ausstattung der Polizei, die Einbindung von Internetunternehmen und mehr Expertise bei der Verschlüsselung.

Innenkommissarin Johansson wies auf die starke Zunahme von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet hin: „In den letzten zehn Jahren hat der sexuelle Missbrauch von Kindern im Internet weltweit exponentiell zugenommen: von einer Million Meldungen über Material von sexuellem Kindesmissbrauch im Jahr 2010 auf 17 Mio. im Jahr 2019.“

Zur gleichen Zeit stiegen in Europa die Meldungen über Online-Material von sexuellen Kindesmissbrauch von 23.000 auf 800.000“, sagte Johansson. Europa sei damit weltweit ein bedeutender Tatort.

Die Kommissarin kündigte eine europäische Strategie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern an: „Die Mitgliedstaaten sollten über spezialisierte Polizeieinheiten zur Bekämpfung von Missbrauch und über Teams verfügen, die sich mit der Identifizierung der Opfer befassen. Wenn die Missbrauchstäter Spitzentechnologie einsetzen können, kann die Polizei nicht dahinter zurückbleiben. Wir werden die nationalen Polizeikräfte dabei unterstützen, mit der Technologie Schritt zu halten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200610-kampf-gegen-sexuellen-missbrauch_de

Eurobarometer zum Thema Korruption

Etwas mehr als sieben von zehn Europäer*innen glauben, dass Korruption in ihrem Land weit verbreitet ist. Sie sind der Meinung, dass es Korruption in den nationalen öffentlichen Institutionen (70 %) und unter politischen Parteien und Politikern (53 %) gibt.

In Deutschland sind 53 % der Befragten der Ansicht, dass Korruption weit verbreitet ist. 46 % meinen, besonders in politischen Parteien sei dies der Fall. 80 % der Befragten in Deutschland halten es für inakzeptabel, Geld zu geben, um eine Leistung einer öffentlichen Verwaltung zu bekommen, 15 % halten es für gelegentlich akzeptabel. Damit liegt Deutschland auf Platz elf der EU-Länder, in denen dies als gelegentlich akzeptabel angesehen wird. Dies geht aus der am 10.06.2020 von der Kommission veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zur Korruption hervor.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200610-eurobarometer-korruption_de

Neue Bewerbungsrunde für „Barrierefreie Städte“

Am 09.06.2020 hat die Kommission den Wettbewerb für den 11. „Access City Award“ gestartet. Städte in der gesamten EU können sich ab sofort bis zum 09.09.2020 bewerben.

Mit dem „Access City Award“ werden die Initiativen einer Stadt gewürdigt, barrierefreier zu werden und dafür zu sorgen, dass alle Einwohner*innen – unabhängig von Alter oder Mobilität – den gleichen Zugang zu allen Ressourcen und Freizeitangeboten haben.

Für 2020 wird erwartet, dass es EU-weit 120 Mio. Menschen mit Behinderung geben wird. Die Bevölkerung wird zudem immer älter.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200609-barrierefreie-staedte_de

Coronavirus: 314 Mio. Euro für innovative Unternehmen

Die Kommission kündigte am 08.06.2020 an, dass sie über das [Accelerator-Pilotprojekt des Europäischen Innovationsrats \(EIC\)](#) 36 Unternehmen Förderungen in Höhe von fast 166 Mio. Euro gewährt hat, mit denen die Coronavirus-Pandemie bekämpft werden soll. Darüber hinaus erhalten weitere 36 Unternehmen über 148 Mio. Euro als Beitrag zum [Europäischen Aufbauplan](#), sodass sich die Gesamtinvestitionen aus „Horizont 2020“, dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU, in dieser Runde auf 314 Mio. Euro belaufen.

Die ausgewählten 36 Unternehmen, die zum Kampf gegen das Coronavirus beitragen werden, werden an zukunftsweisenden Projekten, etwa der Ausweitung der Produktion von Bio-Dekontaminationstüchern, der Entwicklung von Systemen, die Ersthelfern in Echtzeit Rückmeldungen über die Qualität der Beatmung von Patient*innen liefern, der Entwicklung einer Antikörperplattform für die Behandlung schwerer Infektionsfälle und vielen weiteren Vorhaben arbeiten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1007

Piloterhebung zur Karriere von Hochschulabsolvent*innen

Informationen darüber, was Absolvent*innen nach dem Erwerb ihrer Hochschulabschlüsse tun und wie sie ihr Studium im Hinblick auf Berufschancen bewerten, sind der Schlüssel zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Zwei am 05.06.2020 von der Europäischen Kommission veröffentlichte Berichte liefern neue Erkenntnisse über die Karrieren von Absolvent*innen. Männliche Absolventen haben eher unbefristete Verträge als weibliche Hochschulabsolventinnen (der Unterschied schwankt zwischen 1 % in Norwegen und 21 % in Deutschland).

Auch der Stundenlohn ist bei männlichen Hochschulabsolventen deutlich höher als bei weiblichen: die Abweichung reicht von 10 % in Deutschland und Norwegen bis zu 50 % in Litauen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200605-piloterhebung-zur-karriere-von-hochschulabsolventen_de

Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: Europäische Kommission sagt GAVI 300 Mio. Euro zu

Die Europäische Kommission hat am 04.06.2020 angekündigt, dass sie der Impfallianz Gavi für den Zeitraum 2021-2025 Mittel in Höhe von 300 Mio. Euro zusagen wird. Damit wird geholfen, 300 Mio. Kinder in der ganzen Welt zu immunisieren und Impfstoffbestände zur Abwehr von Ausbrüchen künftiger Infektionskrankheiten zu finanzieren.

Der von der Impfallianz Gavi veranstaltete globale Impfgipfel ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der Gesundheitssysteme und der Immunisierungskapazitäten der anfälligsten Länder der Welt und ein Schlüsselement zur Erreichung der Ziele der weltweiten Coronavirus-Krisenreaktion.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_989

Jemen: 70 Mio. Euro für schutzbedürftigste Bevölkerungsgruppen

Da die Coronavirus-Pandemie in Jemen eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt noch zu verschärfen droht und dort eine Hungersnot befürchtet wird, stellt die Kommission zusätzliche Mittel in Höhe von 70 Mio. Euro für das Land bereit. Über 40 Mio. Euro dieses Pakets werden dazu dienen, die Ausbreitung der Coronavirus-Pandemie im Land zu verhindern und zu bekämpfen.

Um das Land vor den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu schützen, setzen die Partnerorganisationen der EU Notfallpläne und Eindämmungsmaßnahmen um, um die Ausbreitung des Virus zu verringern. Durch die EU-Hilfe wird auch die Behandlung stark unterernährter Kinder unterstützt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_993

Gerechte Mindestlöhne: Kommission leitet zweite Phase der Konsultation der Sozialpartner ein

Am 03.06.2020 leitete die Kommission die zweite Phase der Konsultation der europäischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu der Frage ein, wie gerechte Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer*innen in der Europäischen Union gewährleistet werden können. Dies erfolgt im Anschluss an die erste Konsultationsphase und in der bei der Kommission Antworten von 23 Sozialpartnern auf EU-Ebene eingingen. Auf der Grundlage der eingegangenen Antworten kam die Kommission zu dem Schluss, dass weitere EU-Maßnahmen erforderlich sind.

Im Konsultationspapier zur zweiten Phase werden Optionen für EU-Maßnahmen aufgezeigt, mit denen sichergestellt werden soll, dass Mindestlöhne auf einem angemessenen Niveau festgesetzt und alle Arbeitnehmer*innen geschützt werden. Wie aus den Antworten der Sozialpartner im Rahmen der ersten Phase der Konsultation hervorgeht, kommt Tarifverhandlungen eine entscheidende Rolle zu.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_979

Stärkung des EU-Katastrophenschutzes vorgeschlagen

Im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für 2021-2027 schlägt die Kommission neue Instrumente vor, um im Falle eines ernststen grenzüberschreitenden Notfalls wie der Coronavirus-Pandemie schneller reagieren zu können.

Zu diesem Zweck sollen dem Katastrophenschutz-Programm RescEU im Zeitraum 2021-2027 rund 2 Mrd. Euro zugewiesen werden, womit das Gesamtbudget für den Katastrophenschutz der Europäischen Union 3,1 Mrd. Euro übersteigen würde.

Ziel ist es, der EU und den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, die Krisenvorsorge zu verbessern und auf Krisen aller Art schneller und flexibler zu reagieren.

Nach dem Vorschlag der Kommission wird die EU eine Reserve schaffen, um in der Lage zu sein, Ausrüstungen direkt zu beschaffen und die Entwicklungs- und Betriebskosten der rescEU-Programme vollständig zu übernehmen. Die Kommission hat auch eine beträchtliche Aufstockung ihres globalen Budgets für humanitäre Hilfe um 5 Mrd. Euro vorgeschlagen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200206-kommission-schlaegt-staerkung-des-eu-katastrophenschutzes-vor_de

Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien nimmt Arbeit auf

Die unabhängige Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (European Digital Media Observatory, EDMO) hat am 02.06.2020 ihre Arbeit aufgenommen. Unter der Leitung des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz (Italien) wird die Beobachtungsstelle den Aufbau und die Arbeit einer multidisziplinären Gemeinschaft aus Faktenprüfern, Forschern und anderen relevanten Fachleuten aus dem Bereich der Online-Desinformation unterstützen.

Die Beobachtungsstelle erhält 2,5 Mio. Euro aus dem europäischen Förderprogramm „Connecting Europe Facility“.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200602-europaeische-beobachtungsstelle-fuer-digitale-medien_de

Weltweite Coronavirus-Krisenreaktion: neue Kampagne im Finale des Spendenmarathons

Der von der EU-Kommission am 04.05.2020 Mai gestartete Spendenmarathon für Impfstoffe und Therapien zum globalen Kampf gegen das Coronavirus wird mit einer neuen Kampagne mit der internationalen Organisation „Global Citizen“ fortgesetzt. Zum Finale der Kampagne „Global Goal: Unite for our Future“, einem weltweiten Spendengipfel, lädt EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen am 27.06.2020 ein.

Bisher sind im Rahmen des [Spendenmarathons](#) bereits Zusagen von 9,8 Mrd. Euro eingegangen.

Die EU-Kommission wird gemeinsam mit Global Citizen die Mobilisierung von Finanzmitteln, mit deren Hilfe die Welt diese Pandemie überwinden – und weitere vermeiden – kann, weiter vorantreiben. Mit dem Geld werden Testprogramme, Behandlungen und Impfstoffe für Länder überall auf der Welt und für alle, die sie benötigen, finanziert.

Weitere Information:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200529-coronavirus-spendenmarathon_de

EU-Haushalt: Kohäsionspolitik wird zentraler Bestandteil für gerechten und grünen Wiederaufbau

Als Teil ihres Aufbauplans für Europa hat die Kommission am 28.05.2020 eine Aufstockung der bereits bestehenden EU-Kohäsionsprogramme um 55 Mrd. Euro vorgeschlagen. Im Rahmen der neuen Initiative REACT-EU sollen die Mittel je nach Schwere der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise zugewiesen werden. Dabei werden auch die Kriterien Jugendarbeitslosigkeit und relativer Wohlstand der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Die Initiative soll dabei helfen, die Lücke zwischen den ersten Krisenmaßnahmen und der längerfristigen Erholung zu schließen.

Dank REACT-EU können Krisenreaktion und Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik fortgesetzt und ausgeweitet werden. Diese waren durch die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise ermöglicht worden. Gleichzeitig werden auch umweltgerechte, digitale und wachstumsfördernde Investitionen in die Initiative mit einbezogen.

Ermöglicht wird dies, indem die Mittel für die laufenden kohäsionspolitischen Programme 2014-2020 um 55 Mrd. Euro aufgestockt und die entsprechenden Zuweisungen zwei Jahre länger (bis 2022) zur Verfügung stehen werden. So können die von der Ausbreitung des Coronavirus am Schwersten betroffenen Mitgliedsstaaten und Regionen rasch zusätzliche, dringend benötigte Unterstützung bekommen.

Mehr Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200528-kohaesionspolitik-wiederaufbau_de

EU4Health: Kommission schlägt neues europäisches Gesundheitsprogramm vor

Die Europäische Kommission bringt als eine Lehre aus der Corona-Krise ein neues europäisches Gesundheitsprogramm auf den Weg. „EU4Health“ soll für die Jahre 2021-2027 mit einem Etat von 9,4 Mrd. Euro ausgestattet werden. Neben einem besseren Schutz vor grenzübergreifenden Gesundheitsgefahren soll das Programm auch die Verfügbarkeit von bezahlbaren Medikamenten und medizinischer Ausrüstung sicherstellen und die Gesundheitssysteme in der EU stärken.

Nach Zustimmung der EU-Staaten und des Europäischen Parlaments könnte EU4Health am 01.01.2021 anlaufen. „EU4Health“ ist Teil des Aufbauplans „NextGenerationEU“.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200528-eu-gesundheitsprogramm_de

Neues Aufbauminstrument: „Next Generation EU“

Am 27.05.2020 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan vorgelegt. Damit der Aufbau nachhaltig, gerecht, ausgewogen, inklusiv und fair für alle Mitgliedstaaten ist, schlägt die Europäische Kommission vor, ein neues Aufbauminstrument namens „Next Generation EU“ zu schaffen, das in einen leistungsstarken und modernen umgestalteten EU-Haushalt eingebettet ist. Die Kommission hat auch ihr angepasstes Arbeitsprogramm für 2020 vorgestellt, in dem die Maßnahmen Priorität haben, die erforderlich sind, um Europas Aufbau und Resilienz voranzutreiben.

Das mit 750 Mrd. Euro ausgestattete Instrument „Next Generation EU“ und gezielte Verstärkungen des langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 werden die finanzielle Schlagkraft des EU-Haushalts auf insgesamt 1,85 Bio. Euro erhöhen.

Die für „Next Generation EU“ mobilisierten Mittel werden über drei Säulen verteilt:

1. Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen.
2. Die Wirtschaft in der EU durch Anreize für private Investitionen ankurbeln.
3. Die Lehren aus der Krise umsetzen.

Eine rasche politische Einigung über das Instrument „Next Generation EU“ und den Gesamthaushalt der EU für 2021-2027 auf der Ebene des Europäischen Rates bis Juli 2020 ist unabdingbar, um dem Aufbau neue Impulse zu geben und der EU ein schlagkräftiges Instrument an die Hand zu geben, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Zukunft zu sichern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_940

Europäisches Semester: Länderspezifische Empfehlungen für eine nachhaltige Erholung von der Coronakrise

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2020 länderspezifische Empfehlungen vorgeschlagen, die allen EU-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der Coronavirus-Pandemie wirtschaftspolitische Leitlinien an die Hand geben. Der Schwerpunkt liegt auf den dringendsten Herausforderungen in der Pandemie und einer nachhaltigen Erholung.

Deutschland soll durchführungsreife öffentliche Investitionen vorziehen und private Investitionen in den ökologischen und digitalen Wandel unterstützen, insbesondere in nachhaltigen Verkehr, saubere, effiziente und integrierte Energiesysteme, digitale Infrastruktur und Kompetenzen, Wohnbau, Bildung sowie Forschung und Innovation. Die digitalen Verwaltungsleistungen auf allen Ebenen sind verbesserungswürdig.

Die Empfehlungen sind auf zwei Ziele ausgerichtet: kurzfristig Abmilderung der schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der Coronavirus-Pandemie; kurz- bis mittelfristig die Erreichung eines nachhaltigen und inklusiven Wachstums, das den Übergang zu einer grünen Wirtschaft und den digitalen Wandel erleichtert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200520-laenderspezifische-empfehlungen_de,

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_20_894

Globale Reaktion auf die Coronavirus-Krise: weitere humanitäre Hilfe in Höhe von 30 Mio. Euro

Die Europäische Kommission hat am 20.05.2020 weitere 50 Mio. Euro für humanitäre Hilfe angekündigt, damit dem dramatischen Anstieg des humanitären Bedarfs infolge der weltweiten Coronavirus-Pandemie besser begegnet werden kann. Sie gewährt diese neue Hilfe, nachdem Hilfsorganisationen zur Bereitstellung von mehr Mitteln aufgerufen haben, darunter auch die Vereinten Nationen im Rahmen ihres globalen Appells.

Mit den neuen Hilfsgeldern werden bedürftige Menschen unterstützt, die von schweren humanitären Krisen betroffen sind, insbesondere in der Sahelzone und dem Tschadseebecken, der Zentralafrikanischen Republik, der afrikanischen Region der Großen Seen, Ostafrika, Syrien, Jemen, Palästina und Venezuela, sowie die Rohingya.

Sie sollen Zugang zu Gesundheitsdiensten, zu Schutzausrüstungen und zur Wasser- und Sanitärversorgung erhalten. Die Hilfe wird über Nichtregierungsorganisationen, internationale Organisationen, Organisationen der Vereinten Nationen und die Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften abgewickelt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_905

Europäische Bürgerinitiative: Kommission schlägt Fristverlängerung vor

Die Organisatoren von Europäischen Bürgerinitiativen begegnen in Coronazeiten besonderen Herausforderungen. Deshalb hat die EU-Kommission am 20.05.2020 vorgeschlagen, die Fristen für die Unterschriftensammlung, Überprüfung der Unterstützungsbekundungen und anschließende Bewertung von Europäischen Bürgerinitiativen (EBI) zu verlängern.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zeitlich befristet und sollen den Organisatoren von Bürgerinitiativen bei der Bewältigung der Herausforderungen in Corona-Zeiten helfen, wo öffentliche Kampagnen und das Sammeln von Unterstützungsbekundungen in Papierform nahezu unmöglich geworden sind.

Für alle Initiativen, die am 11. März 2020 liefen, dem Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation den Ausbruch des Coronavirus zu einer weltweiten Pandemie erklärte, will die Kommission den Zeitraum für das Sammeln von Unterstützungsbekundungen um sechs Monate verlängern.

Initiativen, die ihre Unterschriftensammlung nach dem 11. März begonnen haben, sollten von einer "angemessenen Verlängerung" profitieren.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200520-buergerinitiative-fristverlaengerung_de

Mitgliedstaaten billigen europäisches Sicherheitsnetz für Arbeitsplätze („SURE“)

Die Mitgliedstaaten haben sich im Rat am 19.05.2020 auf den Kommissionsvorschlag für ein europäisches Kurzarbeiterprogramm „SURE“ geeinigt. Dies ist ein wichtiger Schritt zur gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie. Am 27.05.2020 legte die Kommission darüber hinaus ihren neuen Vorschlag für ein europäisches Aufbauprogramm in Verbindung mit dem mehrjährigen EU-Haushalt vor.

Das neue Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Ausnahmesituationen (SURE - Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) soll dazu beitragen, durch die Coronavirus-Pandemie bedrohte Arbeitsplätze und Erwerbstätige zu schützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200519-mitgliedstaaten-billigen-sure_de

Neue Leitlinien zur Überwachung von COVID-19 in Langzeitpflegeeinrichtungen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 19.05.2020 für die Mitgliedstaaten zur COVID-19-Überwachung in Langzeitpflegeeinrichtungen veröffentlicht.

Von COVID-19 sind Personen im Alter ab 65 Jahren, insbesondere solche mit Vorerkrankungen, sowie Menschen mit Behinderungen überproportional betroffen. In vielen EU-Mitgliedstaaten machen die COVID-19-bezogenen Todesfälle in Langzeitpflegeeinrichtungen 30 bis 60 % aller COVID-bezogenen Todesfälle aus. Dies hat Auswirkungen nicht nur auf Gesundheit und Sicherheit dieser besonders gefährdeten Gruppen, sondern auch auf die des Personals in Pflegeeinrichtungen.

Die Leitlinien des ECDC legt einen Schwerpunkt auf Strategien zu Tests und Meldungen von COVID-19-Fällen, um Patient*innen und Personal in der Langzeitpflege zu schützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200519-leitlinien-covid-19-pflegeeinrichtungen_de

Umsetzung der EU-Regeln über Opferrechte

Die EU-Mitgliedstaaten müssen mehr tun, um die Rechte von Opfern von Straftaten zu garantieren. Gleiches gilt für die Wahrung von Schutzmaßnahmen für Opfer beispielsweise von häuslicher Gewalt oder Stalking bei Umzug in einen anderen Mitgliedstaat. Das geht aus zwei kürzlich veröffentlichten Berichten über die Umsetzung der Opferschutzrichtlinie und der Richtlinie über die europäische Schutzanordnung hervor.

In den meisten Mitgliedstaaten wurden Mängel bei der Umsetzung einiger zentraler Rechte festgestellt, wie Zugang zu Informationen, Unterstützungsdiensten und Schutz entsprechend den individuellen Bedürfnissen der Opfer. Die europäische Schutzanordnung wird nach wie vor nur selten in Anspruch genommen, vor allem wegen des mangelnden Bewusstseins für das Instrument und wegen der unzureichenden nationalen Schutzsysteme.

Die Kommission wird bald eine EU-Opferrechtsstrategie (2020-2025) verabschieden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200518-opferrechte_de

■ Veranstaltungen

Webinar zum Nachfolge-Programm in der Erwachsenenbildung

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für berufliche Bildung veranstaltet am **26.06.2020** (10 Uhr bis 12 Uhr) ein Webinar zum aktuellen Aufruf zur Erasmus Akkreditierung im Bereich Erwachsenenbildung (s. o.).

Seit dem Aufruf der Europäischen Kommission am 28.05.2020 veröffentlicht wurde, stellen sich viele Fragen zum ERASMUS-Nachfolge-Programm. Durch die Akkreditierung wird eine Einrichtung Teil der Erasmus Gemeinschaft und kann für ihre Mobilitätsaktivitäten vereinfacht Fördermittel abrufen. Das Nachfolge-Programm startet 2021.

Dieses Webinar ist inhaltlich auf die Zugangsmöglichkeiten zum zukünftigen Erasmus Programm (2021 bis 2027) ausgerichtet. Folgende Fragen werden im Webinar beantwortet: Was ist Erasmus, was ist neu daran, was ist die Erasmus-Akkreditierung, für wen ist sie sinnvoll und wie wird sie beantragt?

Zielgruppe: Einrichtungen, die sich zukünftig im Programm Erasmus engagieren möchten oder schon aktiv sind, Akteur*innen der Erwachsenenbildung mit Interesse an Mobilität und Internationalisierung.

Weitere Informationen: <https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/online-webinar-fuer-interessenten-eb/>

Webinar zum Nachfolge-Programm in der Berufsbildung

Die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für berufliche Bildung veranstaltet am **25.06.2020** (14 Uhr bis 16 Uhr) ein Webinar zum aktuellen Aufruf zur Erasmus Akkreditierung im Bereich Berufsbildung (s. o.).

Die Akkreditierung ermöglicht es einer Einrichtung in Zukunft, Teil der Erasmus Familie zu werden und für ihre Lernmobilität vereinfacht Fördermittel abrufen zu können. Das Nachfolge-Programm startet 2021.



EUFIS - Newsletter

■ Juni 2020



In diesem Webinar werden wir häufig gestellte Fragen zur Akkreditierung und zum zukünftigen Erasmus Programm beantworten. Zudem werden Sie innerhalb des Webinars eigene Fragen einbringen können.

Das Webinar richtet sich an alle Einrichtungen, die Interesse an internationalen Lernmobilität in der Berufsbildung haben.

Weitere Informationen:

<https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/q-and-a-webinar-akkreditierung/>